

Zeitschrift: Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale

Herausgeber: Fédération suisse des urbanistes = Fachverband Schweizer Raumplaner

Band: - (2000)

Heft: 2

Artikel: Randnotizen

Autor: Gilgen, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-957310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Welch eine Chance haben wir in den letzten 20 Jahren vergeben und welche einmaligen Möglichkeiten nehmen wir weiterhin kaum wahr! Wenn bei einem Grossteil der Bevölkerung das Stichwort «Raumplanung» nur einen fragenden Blick auslöst und wenn die Mehrzahl der Jungen nach verschiedenen Erklärungsversuchen erst beim Begriff «Sim City» mit «aha!» reagiert, dann ist etwas schief gelaufen.

Eine Klasse der Abteilung Raumplanung an der Hochschule Rapperswil hat Leute auf der Strasse angesprochen und Fragen im Zusammenhang mit dem Begriff Raumplanung gestellt. Die Einspielungen der Tonbandaufnahmen während eines Vortrages waren zwar ein Lacherfolg, denn es war lustig zu hören, was mit unserer Berufsbezeichnung in Verbindung gebracht werden kann. Doch das grosse Unwissen über den Beruf und den Politikbereich der Raumordnung lösen bei mir immer wieder Betroffenheit aus. Werbeveranstaltungen an Berufsschulen für den Studiengang Raumplanung werden zum Teil mangels Kenntnis über die Berufsbezeichnung überhaupt nicht besucht. Als mir mein Sohn bestätigte, dass er während seiner ganzen Schulzeit jedem Lehrer habe erklären müssen, was dies eigentlich sei, ein Raumplaner, bestätigte es mir etwas, was ich eigentlich schon lange weiss: Unser Beruf ist in breiten Bevölkerungsschichten unbekannt. Wie nun, wenn es selbst Exekutivbehörden, Parlamentarier und Beamte geben sollte, die beim Begriff «Raumplanung» auch verloren in die Ferne schauen? Doch so weit sind wir hoffentlich noch nicht. Ich behauptete eingangs, wir würden seit Jahren eine einmalige Möglichkeit nicht wahrnehmen, wir als Berufsgattung, die planenden Behörden, jeder Planer, jede Planerin. Ich spreche hier das Thema Mitwirkung an. Es handelt sich für die Behörden dabei ja um eine gesetzliche Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung bei Planungen in geeigneter Weise mitwirken kann. Doch in der Interpretation was unter «geeigneter Weise» zu verstehen ist, bemüht man sich vielerorts im Ausloten des gerade noch rechtlich vertretbaren Minimums. Wo die Kreativität möglichst vieler Bürger (zum Beispiel infolge Ratlosigkeit der Planenden) gefragt ist, da erinnert man sich zwar gelegentlich der Forderung nach «Partizipation» der Bevölkerung. Dieser Begriff wird oft auch etwas grösser geschrieben, wenn es darum geht, bei umstrittenen Vorlagen das Stimmvolk zu überzeugen. Zugegeben, es gibt auch ehrliche und echte Bemühungen, faire Planungsprozesse unter möglichst breitem Einbezug der Betroffenen abzuwickeln. Sie gehören allerdings zu den Ausnahmen.

Diese etwas spitzen Bemerkungen zur aktuellen Praxis der Partizipation mögen mir verziehen werden, wissend, dass es uns in den vergangenen 20 Jahren, seit Inkrafttreten des Artikels über die Information und Mitwirkung, nicht einmal gelungen ist, wenigstens den Begriff Raumplanung zu vermitteln. Weder bei den Betroffenen, der breiten Bevölkerung noch bei der Lehrerschaft sind wir diesbezüglich sehr erfolgreich gewesen. Bund, Kantone und Gemeinden haben hier nicht alles getan, was sie hätten tun können und hätten tun müssen. Dieser Kritik möchte ich auch die Berufsverbände und Vereinigungen sowie uns Fachleute aussetzen. Klar, es gibt Ausnahmen und ich kenne einige, die für die Sache kämpfen und sich weiterhin einsetzen werden. Doch am Gesamtergebn gemessen, haben wir die Pflicht nicht in genügendem Masse erfüllt.

Die Bevölkerung soll in geeigneter Weise mitwirken können! Da ist nicht nur der Teil der Bevölkerung mit Stimmcouvert gemeint. Auch eine Einschränkung auf die Wohnbevölkerung kann ich der Gesetzesformulierung nicht entnehmen. Es gibt schliesslich auch die Arbeitsbevölkerung, die sich erholende und einkaufende Bevölkerung usw. Raumwirksame Massnahmen an einem bestimmten Ort ergriffen, betreffen Menschen in sehr unter-

schiedlicher Situation und Weise. Die Betroffenen sind Bewohner, Eigentümer, am entsprechenden Ort Arbeitende, Einkaufende, sich Erholende, sich Auszubildende, Vorbeifahrende usw. Eine geeignete Weise der Mitwirkung ist dann gegeben, wenn allen Betroffenen, die sich in der Sache engagieren wollen, die Gelegenheit gegeben würde, am Planungsprozess zu partizipieren. Ich meine hier Mitwirken und nicht Mitbestimmen. Letzteres ist jenen vorbehalten, die am Ort ihren Wohnsitz, sprich Steuersitz, haben, mündig und Schweizer sind. Dies gilt wenigstens soweit, als diese Kompetenz nicht an ein Parlament delegiert wurde; dies bräuchte hier nicht mal erwähnt zu werden, wir lernten es im Staatskundeunterricht.

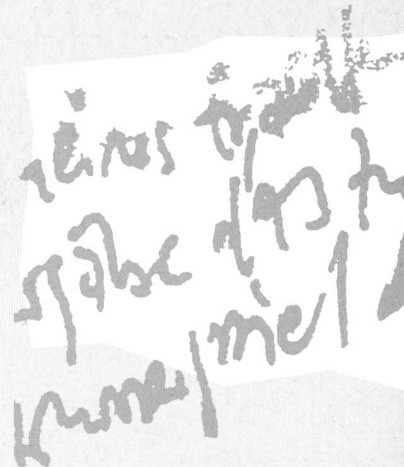
Die Mitbestimmungskompetenz der stimmberechtigten Bevölkerung wird, wie so häufig beklagt, nur mehr durch eine recht kleine Minderheit wahrgenommen. Dies mag unter anderem damit zusammenhängen, dass man nicht mehr darüber abstimmen kann, was einen wirklich interessiert. Der Bau einer Gemeindestrasse an meinem Wohnort, wo ich über den Baukredit abstimmen kann, interessiert mich vielleicht weit weniger, als die Parkraumplanung an meinem Arbeitsort, einer Gemeinde, wo ich ebenso wenig mitzubestimmen habe, wie ein Ausländer. Welch eine Chance bestünde aber gerade darin, die Menschen dort anzusprechen, wo sie betroffen sind. Dort würden sie vermehrt und engagiert mitwirken, böten wir ihnen die Gelegenheit dazu. Wie einfach wäre es dann, die Sache der Raumplanung zu vermitteln! Raumplanung könnte zu einem wichtigen Träger des demokratischen Prinzips werden und wir müssten niemandem mehr erklären, was unter diesem merkwürdigen Politikbereich zu verstehen ist.

Vielleicht liegen gerade in den grundsätzlich noch immer intakten Möglichkeiten der Raumplanung sogar ganz bescheidene Ansätze zu einer zukunftsweisenden Form der Demokratie. Die mit der Globalisierung einhergehende Entmachtung staatlicher Institutionen und die zunehmende Monetarisierung vieler Lebensbereiche ruft nach solchen neuen Zusammenarbeitsformen und Experimenten. Da raumwirksame Planungen zunehmend der staatlichen Tätigkeiten entzogen werden und weil die Behörden vermehrt lediglich noch die instrumentelle Umsetzung und Bewilligung speditiv und selbstverständlich erledigen müssen, setzt man unter anderem auf kooperative Planungsprozesse. Auf diese Weise gelingt es zwar, im Planungs-, Bewilligungs- und Genehmigungsablauf die Interessen aller Akteure aufeinander abzustimmen. Doch eine umfassende Interessenabwägung ist nur möglich, wenn die Interessen bekannt sind. Dass der Kreis der Betroffenen weit über die Einspracheberechtigten hinausgeht, braucht hier kaum detailliert ausgeführt zu werden. Der Partizipation der Betroffenen muss deshalb mehr als bisher Beachtung geschenkt werden. Darin liegt der Demokratiebeitrag der Raumplanung.

Raumplanung könnte somit eine Gelegenheit darstellen, wo man seine Interessen für den Ort, insbesondere für den Lebensraum, der einem wichtig ist, wahrnehmen kann. Es bräuchte weder einen neuen Gesetzesartikel, noch ein neues Planungsinstrument und auch kein neues Verfahren, um Raumplanung zu dem zu machen, was sie sein könnte. Mitwirkung, nicht als Alibi und nicht als Ersatz für verlorengegangene Mitbestimmung, sondern als Form der kreativen Auseinandersetzung mit der Zukunft, müsste die Qualität der Planungslösung erhöhen. Mit dieser Haltung erweisen sich die Beiträge der Betroffenen nicht als Verhinderungsabsichten oder Hindernisse, sie lassen sich vielmehr, in verantwortungsbewusster Weise und in Beachtung der Auswirkungen raumwirksamer Massnahmen, bei der Planung und Realisierung mit einbeziehen. Eine so verstandene und gelebte Partizipation würde auch die Anliegen der Raumordnung in einer Weise bekannt machen, wie es ihr gebührt.

randnotizen

von Kurt Gilgen



Aujourd'hui, peu de gens savent, ce qu'est l'aménagement du territoire. Pendant des années nous n'avons pas saisi la chance de transmettre cette idée d'aménagement du territoire ni même de communiquer l'expression de cette profession et de ce domaine de la politique. Nous, c'est à dire les professionnels, les responsables de la politique à tous les niveaux, les fonctionnaires et les organisations professionnelles. Il y a bien sûr quelques exceptions qui mériteraient d'être mentionnées. Si l'on n'a pas saisi ces occasions, c'est parce qu'on n'a pas respecté – comme la loi nous y contraindrait – la participation pendant le processus de planification, sous une forme adaptée aux problèmes traités, c'est à dire qui prenne en considération les intérêts des personnes concernées. Et, qui sont les personnes concernées? Les habitants, les ouvriers et les employés, là où ils travaillent, les visiteurs, les vieux, les jeunes, les étrangers etc. Ce serait un acte démocratique de les laisser au moins participer, ce qui n'est pas la même chose que décider.